



Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Gilching

Sitzungstermin:	Dienstag, den 24. November 2020
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	19:55 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Veranstaltungssaal, Rathausplatz 1, Gilching

Anwesend sind:

Erster Bürgermeister	Manfred Walter
Zweiter Bürgermeister	Martin Fink
Dritter Bürgermeister	Heinrich Lenker
Gemeinderätin	Katharina Beiwinkler
Gemeinderat	Thomas Beiwinkler
Gemeinderätin	Rosa Maria Brosig
Gemeinderat	Oliver Fiebert
Gemeinderätin	Diana Franke
Gemeinderat	Herbert Gebauer
Gemeinderat	Dr. Stefan Hartmann
Gemeinderat	Hermann Högner
Gemeinderätin	Sophie Hüttemann
Gemeinderätin	Karin Keil
Gemeinderätin	Kerstin Königbauer
Gemeinderat	Martin Pilgram
Gemeinderat	Dr. Michael Rappenglück
Gemeinderätin	Selina Rieger
Gemeinderat	Harald Schwab
Gemeinderätin	Dr. Nadine Stephenson
Gemeinderat	Matthias Vilsmaier
Gemeinderätin	Pia Vilsmaier (ab TOP 2 anwesend)
Gemeinderat	Christian Winklmeier

Nicht anwesend:

Gemeinderat	Wilhelm Boneberger (entschuldigt)
Gemeinderat	Manfred Herz (entschuldigt)
Gemeinderat	Peter Unger (entschuldigt)

Gesetzliche Mitgliederzahl:	25
Anwesend bei Beginn der Sitzung:	21
	22 ab TOP 2

Schriftführer:	Stefan Amon
-----------------------	--------------------

Vor Eintritt in die Beratungen stellt Erster Bürgermeister Walter fest:

1. Unter Bekanntgabe der Tagesordnung ist ordnungsgemäße Ladung erfolgt.
2. Die Tagesordnung wurde ortsüblich veröffentlicht.
3. Beschlussfähigkeit ist gegeben, nachdem mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
4. Bürgermeister Walter nimmt TOP 6 und TOP 7 von der Tagesordnung, um diese Tagesordnungspunkte vorab einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen.
Gegen die Tagesordnung werden keine weiteren Einwände erhoben; sie ist somit genehmigt.

Protokoll:

1. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 27.10.2020

Gegen die öffentliche Niederschrift vom 27.10.2020 wird kein Einwand erhoben, sie ist somit genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21
Ablehnung: 0

2. Bekanntgaben aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.10.2020 gefassten Beschlüsse nach Wegfall der Geheimhaltungspflicht gem. Art. 52 Abs. 3 GO

Grundstücksangelegenheiten; Löschung Auflassungsvormerkung FINr. 1631/3 Gemarkung Gilching

Der Gemeinderat stimmt der Löschung der Auflassungsvormerkung, zugunsten der Gemeinde Gilching im Grundbuch von Gilching, Blatt 5737 an FINr, 1631/3 Gemarkung Gilching zu.

3. Bericht der Referenten und Verbandsräte

Es werden keine Berichte der Referenten und Referentinnen vorgetragen.

4. Bebauungsplan "Kinderkrippe an der Weißlinger Straße" für das Grundstück Flurnummer 2016, Gemarkung Gilching; Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage der Verwaltung vom 24.11.2020 und beschließt:

- a) Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss für einen verbindlichen Bebauungsplan für das Grundstück Flurnummer 2016, Gemarkung Gilching.

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.
- c) Das Planaufstellungsverfahren erhält die Bezeichnung „Kinderkrippe an der Weißlinger Straße“ für das Grundstück Fl.Nr. 2016, Gemarkung Gilching

Mit der Ausarbeitung des Entwurfs des Bebauungsplanes „Kinderkrippe an der Weißlinger Straße“ wird der Planungsverband München beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

5. Neubau Kinderhaus Argelsried; Beauftragung Architektenleistungen nach Abschluss VgV-Verfahren

- a) Der Gemeinderat Gilching nimmt Kenntnis vom Ergebnis des VgV-Verfahrens (Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 17 Vergabeverordnung).
- b) Mit den Objektplanungsleistungen nach § 34 HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, Leistungsphase 1 bis 9) für den Neubau Kinderhaus Argelsried wird das Architekturbüro Spreen Architekten aus München beauftragt.
- c) Die Beauftragung erfolgt stufenweise nach § 34 HOAI beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

6. Städtebauförderung, Bedarfsmitteilung für das Jahr 2021

Der Gemeinderat beschließt, die vorliegende Bedarfsmitteilung zur Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm 2021 Lebendige Zentren zu stellen.

Die für 2021 angemeldeten Kosten der beabsichtigten Vorhaben liegen bei rund 790.000€. Der erforderliche Eigenanteil der Gemeinde wird im Haushalt bereitgestellt.

Im Einzelnen sind die Vorhaben und Kosten der Bedarfsmitteilung zu entnehmen. Gleiches gilt für die in den Fortsetzungsjahren beabsichtigten Vorhaben. Sie sind in der kommunalen Finanzplanung entsprechend fortzuschreiben bzw. aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

7. Beschaffung eines LKW für den gemeindlichen Bauhof

- a) Das zuschlagsfähige Angebot mit Leistungsbeschreibung und der Vergabedokumentation im nichtöffentlichen Teil wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- b) Die Gemeinde Gilching beauftragt die Firma Gruma Nutzfahrzeuge GmbH, Äußere Industriestraße 22 aus 86316 Friedberg-Derching auf das Angebot vom 09.10.2020 mit der Lieferung eines LKW mit Kipper und Winterdiensthydraulik zum Bruttopreis von 213.764,80€.
- c) Der Gemeinderat stimmt dem Verkauf des vorhandenen Unimog STA- BH 12 (Erstzulassung 2008) zu.
- d) GRin Brosig regt an zu prüfen, ob hierfür eine staatliche Förderung möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

8. Staatsstraße 2069 - Westumfahrung Schutz- und Leiteinrichtung Vergabe Nachtrag

- a) Die Aufstellung des Nachtragsangebotes 2 Nachtrag 01B mit den jeweiligen Berechnungsgrundlagen und Stellungnahmen des beauftragten Ingenieurbüros im nichtöffentlichen Teil werden zur Kenntnis genommen.
- b) Der Gemeinderat genehmigt den Nachtrag 01B vom 30.10.2020 der Fa. Firma Bavaria Verkehrstechnik GmbH aus 91207 Lauf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

9. Erlass einer Reinigungs- und Sicherungsverordnung

Der Gemeinderat beschließt den Erlass einer Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter, die als Anlage dieser Niederschrift beiliegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
Ablehnung: 2

10. Raumlufte in Klassenzimmern und Kindertagesstätten; Sachstandsbericht

(Antrag GR`in Franke, Bündnis 90/Die Grünen vom 4.11.2020)

Von der Sachverhaltsdarstellung zu den Fragen zu a) und b) wird Kenntnis genommen.

Folgende weitere Fragestellungen werden nach eingehender Diskussion abgelehnt:

- c) Welche zusätzlichen Geräte sinnvoll zum Einsatz kommen könnten
- d) Ob zunächst Leihgeräte eingesetzt und getestet werden könnten
- e) Welche Kosten für eine Nachrüstung anfallen würden und welcher Anteil davon über Fördermittel aus Bund und Land gedeckt werden könnten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 16

11. Gemeindewerke: Satzung für das Kommunalunternehmen "Gemeindewerke Gilching KU"

Der Gemeinderat beschließt die „Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching“ in der vorliegenden Fassung, die als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 16
Ablehnung: 6

12. Gemeindewerke: Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsrats sowie ihrer Vertreter für die Gemeindewerke Gilching KU

Der Gemeinderat bestellt zu Mitgliedern bzw. Stellvertretern / Stellvertreterinnen des Verwaltungsrats für das Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching KU:

- Manfred Herz (Vertreter: Harald Schwab)
- Kerstin Königbauer (Vertreter: Christian Winklmeier)
- Dr. Nadine Stephenson (Vertreter: Martin Pilgram)
- Heinrich Lenker (Vertreterin: Pia Vilschmayer)
- Oliver Fiegert (Vertreterin: Rosmarie Brosig)
- Dr. Stefan Hartmann (Vertreter: Wilhelm Boneberger)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: 0

13. Gemeindewerke: Finanzierung Bautätigkeit Fernwärme 2020

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Kreditvertrags mit der VR Bank Starnberg-Herrsching-Landsberg eG zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: 0

14. Verschiedenes**14.1 Sachstand "Mobilitätskonzept"**

GR Fiegert erkundigt nach dem Sachstand „Mobilitätskonzept“.

Bauamtsleiter Huber äußert sich dahingehend, dass die Ausschreibung sofort erfolgen wird, sobald die Entscheidung der Regierung von Oberbayern bzgl. der staatlichen Förderung getroffen wurde.

14.2 Barrierefreie Rampe Mittelschule

GR Pilgram bittet die Verwaltung, die behindertengerechte Rampe im Bereich der Mittelschule wieder begehbar zu machen.

Bürgermeister Walter wird dies veranlassen.

14.3 TOP 3 nicht öffentlich "Datenschutz und IT-Sicherheit"

GR Vilsmayer fragt an, warum der TOP „Datenschutz und IT-Sicherheit“ nichtöffentlich behandelt wird.

Bürgermeister Walter sieht den Grund im Bereich der Vertragsgestaltungen und der damit zusammenhängenden Kündigungen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. **Erster Bürgermeister Walter** schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Niederschrift:

Manfred Walter
Erster Bürgermeister

Stefan Amon
Schriftführer

GEMEINDE GILCHING

Landkreis Starnberg



Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter (Reinigungs- und Sicherungsverordnung)

Aufgrund des Art. 51 Abs. 4 und 5 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1981 (BayRS 91-1-B), zuletzt geändert durch § 9 des Gesetzes vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408), erlässt die Gemeinde Gilching folgende **Verordnung**:

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Inhalt der Verordnung

Diese Verordnung regelt Inhalt und Umfang der Reinhaltungs-, Reinigungs- und Sicherungspflichten auf den öffentlichen Straßen in der Gemeinde Gilching.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Öffentliche Straßen, Gehbahnen, geschlossene Ortslage

(1) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze mit ihren Bestandteilen im Sinne des Art. 2 Nr. 1 BayStrWG oder des § 1 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der jeweiligen Fassung. Hierzu gehören insbesondere die Fahrbahnen, die Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, die Geh- und Radwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege und die der Straße dienenden Gräben, Böschungen, Stützmauern und

Grünstreifen, mit Ausnahme beschränkt-öffentlicher Verkehrsflächen. Die Bundesautobahnen sind keine öffentlichen Straßen im Sinne dieser Verordnung.

(2) Gehbahnen sind

a) die für den Fußgängerverkehr bestimmten, befestigten und abgegrenzten Teile der öffentlichen Straßen (insbesondere Gehwege sowie gemeinsame Geh- und Radwege), nicht jedoch die selbstständigen Gehwege sowie die selbstständigen gemeinsamen Geh- und Radwege

oder

b) in Ermangelung einer solchen Befestigung oder Abgrenzung, die dem Fußgängerverkehr dienenden Teile am Rande der öffentlichen Straßen

in einer Breite von 1,20 Meter, gemessen vom begehbaren Straßenrand aus.

(3) Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindegebiets, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht (Art. 4 Abs. 1 Satz 2 und 3 BayStrWG).

Reinhaltung der öffentlichen Straßen

§ 3

Verbote

(1) Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit ist es untersagt, öffentliche Straßen mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu verunreinigen oder verunreinigen zu lassen.

(2) Insbesondere ist es verboten,

a) auf öffentlichen Straßen Putz- oder Waschwasser, Jauche oder sonstige verunreinigende Flüssigkeiten auszuschütten oder ausfließen zu lassen, Fahrzeuge, Maschinen oder sonstige Geräte zu säubern, Tierfutter auszubringen;

- b) Gehwege durch Tiere verunreinigen zu lassen;
 - c) Steine, Bauschutt, Holz, Schrott, Gerümpel, Verpackungen, Behältnisse sowie Eis und Schnee
 1. auf öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern,
 2. neben öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern, wenn dadurch die Straßen verunreinigt werden können,
 3. in Abflussrinnen, Kanaleinlaufschächte, Durchlässe oder offene Abzugsgräben der öffentlichen Straßen zu schütten oder einzubringen.
- (3) Das Abfallrecht bleibt unberührt.

Reinigung der öffentlichen Straßen

§ 4

Reinigungspflicht

- (1) Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit haben die Eigentümer und die zur Nutzung dinglich Berechtigten von Grundstücken, die innerhalb der geschlossenen Ortslage an die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführten öffentlichen Straßen angrenzen (Vorderlieger) oder über diese öffentlichen Straßen mittelbar erschlossen werden (Hinterlieger), die in § 6 bestimmten Reinigungsflächen gemeinsam auf eigene Kosten zu reinigen. Grundstücke werden über diejenigen Straßen mittelbar erschlossen, zu denen über dazwischenliegende Grundstücke in rechtlich zulässiger Weise Zugang oder Zufahrt genommen werden darf.
- (2) Grenzt ein Grundstück an mehrere im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführte öffentliche Straßen an oder wird es über mehrere derartige Straßen mittelbar erschlossen oder grenzt es an eine derartige Straße an, während es über eine andere mittelbar erschlossen wird, so besteht die Verpflichtung für jede dieser Straßen.
- (3) Die Vorderlieger brauchen eine öffentliche Straße nicht zu reinigen, zu der sie aus tatsächlichen oder aus rechtlichen Gründen keinen Zugang und keine Zufahrt nehmen können und die von ihrem Grundstück aus nur unerheblich verschmutzt werden kann.

(4) Keine Reinigungspflicht trifft ferner die Vorder- oder Hinterlieger, deren Grundstücke einem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, soweit auf diesen Grundstücken keine Gebäude stehen.

(5) Zur Nutzung dinglich Berechtigte im Sinne des Absatzes 1 sind die Erbbauberechtigten, die Nießbraucher, die Dauerwohn- und Dauernutzungsberechtigten und die Inhaber eines Wohnungsrechtes nach § 1093 BGB.

§ 5

Reinigungsarbeiten

Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführten öffentlichen Straßen, und zwar innerhalb der in § 6 genannten Reinigungsflächen, zu reinigen.

Sie haben dabei die Gehwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege, die Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Teile der Fahrbahn (einschließlich der Parkstreifen) nach Bedarf

a) zu kehren und den Kehrricht, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen (soweit eine Entsorgung in üblichen Hausmülltonnen für Biomüll, Papier oder Restmüll oder in Wertstoffcontainern möglich ist); entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen.

Im Herbst sind die Reinigungsarbeiten bei Laubfall, soweit durch das Laub – insbesondere bei feuchter Witterung – die Situation als verkehrsgefährdend einzustufen ist, ebenfalls durchzuführen.

b) von Gras und Unkraut sowie Moos und Anflug von sonstigen Pflanzen zu befreien, soweit es aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wächst.

c) insbesondere nach einem Unwetter sowie bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinläufe freizumachen, soweit diese innerhalb der Reinigungsfläche (§ 6) liegen.

§ 6

Reinigungsfläche

- (1) (1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straße, der zwischen der gemeinsamen Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück,
- und
- a) bei Straßen der **Gruppe A** des Straßenreinigungsverzeichnisses (Anlage) der Fläche außerhalb der Fahrbahn,
 - b) bei Straßen der **Gruppe B** des Straßenreinigungsverzeichnisses (Anlage) einer parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 0,50 Meter verlaufenden Linie innerhalb der Fahrbahn,
 - c) bei Straßen der **Gruppe C** des Straßenreinigungsverzeichnisses (Anlage) der Fahrbahnmitte bzw. der Straßenmitte
- liegt, wobei Anfang und Ende der Reinigungsfläche vor einem Grundstück jeweils durch die von den Grundstücksgrenzen aus senkrecht zur Straße gezogenen Linien bestimmt werden.
- (2) Bei einem Eckgrundstück gilt Absatz 1 entsprechend für jede öffentliche Straße, an die das Grundstück angrenzt, einschließlich der gegebenenfalls in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.

§ 7

Gemeinsame Reinigungspflicht der Vorder- und Hinterlieger

- (1) Die Vorderlieger tragen gemeinsam mit den ihnen zugeordneten Hinterliegern die Reinigungspflicht für ihre Reinigungsflächen. Sie bleiben auch dann gemeinsam verantwortlich, wenn sie sich zur Erfüllung ihrer Pflichten anderer Personen oder Unternehmer bedienen; das Gleiche gilt auch für den Fall, dass zwischen Vorder- und Hinterliegern Vereinbarungen nach § 8 (Aufteilung der Reinigungsarbeiten) abgeschlossen sind.

(2) Ein Hinterlieger ist dem Vorderlieger zugeordnet, über dessen Grundstück er Zugang oder Zufahrt zu derselben öffentlichen Straße nehmen darf, an die auch das Vorderliegergrundstück angrenzt.

§ 8

Aufteilung der Reinigungsarbeiten bei Vorder- und Hinterliegern

(1) Es bleibt den Vorder- und Hinterliegern überlassen, die Aufteilung der auf sie treffenden Arbeiten untereinander durch Vereinbarung zu regeln.

(2) Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so kann jeder Vorder- oder Hinterlieger eine Entscheidung der Gemeinde über die Reihenfolge und die Zeitdauer, in der sie ihre Arbeiten zu erbringen haben, beantragen. Unterscheiden sich die Grundstücke der einander zugeordneten Vorder- und Hinterlieger hinsichtlich der Flächen wesentlich, kann die Entscheidung beantragt werden, dass die Arbeiten nicht in gleichen Zeitabständen zu erbringen sind, sondern dass die Zeitabschnitte in demselben Verhältnis zueinanderstehen, wie die Grundstücksflächen.

Sicherung der Gehbahnen im Winter

§ 9

Sicherungspflicht

(1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz haben die Vorder- und Hinterlieger die in § 11 bestimmten Abschnitte der Gehbahnen (Sicherungsfläche) der öffentlichen Straßen, die an ihr Grundstück angrenzen oder ihr Grundstück mittelbar erschließen, auf eigene Kosten in sicherem Zustand zu erhalten.

(2) § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 bis 5, §§ 7 und 8 gelten sinngemäß. Die Sicherungspflicht besteht für alle öffentlichen Straßen (§ 2 Abs. 1) innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 2 Abs. 3) auch wenn diese nicht im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage) aufgeführt sind.

§ 10

Sicherungsarbeiten

(1) Die Vorder- und Hinterlieger haben die Sicherungsfläche an Werktagen ab 7 Uhr und an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ab 8 Uhr von Schnee zu räumen und bei Schnee-, Reif- oder Eisglätte mit geeigneten abstumpfenden Stoffen (z. B. Sand, Splitt), nicht jedoch mit Tausalz oder ätzenden Mitteln zu bestreuen oder das Eis zu beseitigen. Bei besonderer Glättegefahr (z. B. an Treppen oder starken Steigungen) ist das Streuen von Tausalz zulässig. Diese Sicherungsmaßnahmen sind bis 20 Uhr⁵ so oft zu wiederholen, wie es zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz erforderlich ist.

(2) Der geräumte Schnee oder die Eisreste (Räumgut) sind neben der Gehbahn so zu lagern, dass der Verkehr nicht gefährdet oder erschwert wird. Abflussrinnen, Hydranten, Kanaleinlaufschächte und Fußgängerüberwege sind bei der Räumung freizuhalten.

§ 11

Sicherungsfläche

(1) Sicherungsfläche ist die vor dem Vorderliegergrundstück innerhalb der in § 6 genannten Reinigungsfläche liegende Gehbahn nach § 2 Abs. 2.

(2) § 6 Abs. 2 gilt sinngemäß.

Schlussbestimmungen

§ 12

Befreiung und abweichende Regelungen

(1) Befreiungen vom Verbot der Straßenverunreinigung nach § 3 gewährt die Gemeinde, wenn der Antragsteller die unverzügliche Reinigung besorgt.

(2) In Fällen, in denen die Vorschriften dieser Verordnung zu einer erheblichen unbilligen Härte führen würden, die dem Betroffenen auch unter Berücksichtigung der öffentlichen Belange und der Interessen der übrigen Vorder- und Hinterlieger nicht zugemutet werden

kann, spricht die Gemeinde auf Antrag durch Bescheid eine Befreiung aus oder trifft unbeschadet des § 8 Abs. 2 sonst eine angemessene Regelung. Eine solche Regelung hat die Gemeinde auch zu treffen in Fällen, in denen nach dieser Verordnung auf Vorder- und Hinterlieger keine Verpflichtung trifft. Die Entscheidung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen oder Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

Gemäß Art. 66 Nr. 5 BayStrWG kann mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 eine öffentliche Straße verunreinigt oder verunreinigen lässt,
2. die ihm nach den §§ 4 und 5 obliegende Reinigungspflicht nicht erfüllt,
3. entgegen den §§ 9 und 10 die Gehbahnen nicht oder nicht rechtzeitig sichert.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie gilt 20 Jahre.

Gilching, 24.11.2020

Manfred Walter

Erster Bürgermeister

Anlage zur Straßenreinigungsverordnung (zu § 4 Abs. 1, § 5 und § 6)

Straßenreinigungsverzeichnis

Gruppe A

(**Reinigungsfläche:** Gehwege, gemeinsame Geh- und Radwege, Radwege sowie Grünstreifen und von der Fahrbahn getrennte Parkstreifen)

Am Römerstein	Bodenseestraße	Brucker Straße
Landsberger Straße	Römerstraße (zw. Am Römerstein & Brucker Straße)	

Gruppe B

(**Reinigungsfläche:** Flächen der Gruppe A und zusätzlich die Fahrbahnränder in der in § 6 Abs. 1 Buchstabe b festgelegten Breite)

Am Bahnhof	Carl-Benz-Straße	Dornierstraße
Ferdinand-Porsche-Straße	Friedrichshafener Straße	Gutenbergstraße
Karolingerstraße	Lilienthalstraße	Münchener Straße
Nicolaus-Otto-Straße	Pollinger Straße	Rudolf-Diesel-Straße
Starnberger Weg	Von-Linde-Straße	Weßlinger Straße

Gruppe C

(**Reinigungsfläche:** bis zur Fahrbahnmitte bzw. Straßenmitte)

Adolph-Kolping-Weg	Ahornstraße	Allinger Straße
Almersweg	Am Anger	Am Aubach
Am Baderwinkel	Am Brunnerfeld	Am Buchenstock
Am Burgstall	Am Erdäpfelgarten	Am Gassl
Am Gemeindeholz	Am Grübl	Am Hang
Am Kesselboschen	Am Lacherfeld	Am Lehel
Am Obstgarten	Am Rinnerhof	Am Steinberg
Am Stockerfeld	Am Waldhang	Am Zehentstadel
Am Ziegelstadel	Am Zwinger	Andechser Straße
Angerfeldstraße	Apostelholzweg	Argelsrieder Weg
Arnoldusstraße	Auweg	Bahnhofstraße
Bajuwarenstraße	Biburger Weg	Birkholzweg
Bräuhausgasse	Brucker-Steig-Weg	Cecinastraße
Deichelweg	Dorfstraße	Eichenstraße
Eichholzweg	Erlenweg	Escherholzweg
Feichtholzweg	Fichtenstraße	Flugplatzstraße
Flurgrenzstraße	Frauwiesenweg	Frühlingstraße
Fuchsgraben	Fürstenfelder Weg	Furtanger
Ganghoferweg	Gautinger Straße	Geisenbrunner Weg
Gernholzweg	Gilgener Heide	Gletscherweg
Goldmacherweg	Görbelmoosweg	Griesbergstraße

Grubenweg	Haidwiesenweg	Hainweg
Hakenholzweg	Hauptstraße	Herbststraße
Herrschinger Weg	Hirschbergweg	Hirtackerweg
Hochsteigerweg	Hochstift-Freising-Platz	Hochstift-Freising-Weg
Hopfenstraße	Hörlholzweg	Jägerweg
Jahnweg	Jupiterstraße	Kapellenweg
Keltenstraße	Kiltrahingerstraße	Kirchenweg
Kirchgasse	Kleinfeldstraße	Klinglbergweg
Kohlstatt	Kosthofstraße	Krautgartenweg
Kreuzlinger Straße	Lärchenweg	Laubaner Straße
Läutwiesenweg	Leitenweg	Lindenweg
Lochackerweg	Ludwig-Thoma-Straße	Mahdenholzweg
Margeritenweg	Marsstraße	Martin-Luther-Weg
Matthias-Stocker-Weg	Meginhardstraße	Melchior-Fanger-Straße
Merkurstraße	Münchner Torweg	Nelkenstraße
Neptunweg	Neubuchweg	Obermoosweg
Ölbergweg	Orionstraße	Pähler Weg
Parsbergweg	Pentenrieder Weg	Pfarrhofgasse
Queriweg	Rathausstraße	Reßweg
Ringstraße	Römerstraße (zw. Starnberger Weg & Görbelmoosweg)	
Rosenstraße	Rottenried	Rottenrieder Straße
Sägewerkstraße	Sandgrubenweg	Schäftlarner Weg
Schanzenweg	Schellenbergstraße	Schergenamtsweg
Schmidgern	Schulstraße	Schützenweg
Schwedenweg	Seefelder Weg	Siriusstraße
Sommerstraße	Sonnenstraße	Spitzwiesenweg
St. Gilgen	St.-Egidi-Straße	St.-Gilgener-Straße
St.-Vitus-Straße	Stäudlweg	Steinlach
Steinlacher Weg	Sternstraße	Stiehlerweg
Strahlweg	Straßlichte	Talbauernweg
Talhof	Talhofstraße	Tannenstraße
Teggermoosweg	Tonwerkstraße	Tulpenstraße
Unterbrunner Ring	Untere Läng	Uranusstraße
Venusstraße	Von-Kobell-Weg	Waldhof
Waldstraße	Wallbergweg	Watzmannstraße
Weichselbaumer Straße	Weidenweg	Weiherweg
Welfenstraße	Wendelsteinstraße	Wiesmath
Wildmoos	Wildmoosweg	Winkelhof
Zeppelinstraße	Zugspitzstraße	

Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching

Aufgrund von Art. 23 Satz 1, Art. 89 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.07.2020 (GVBl. S. 350) und gemäß der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) vom 19.03.1998 (GVBl. S. 220, BayRS 2023-15-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 56 der Verordnung vom 26.03.2019 (GVBl. S. 98), erlässt die Gemeinde Gilching folgende Satzung:

I n h a l t s ü b e r s i c h t

- § 1 Name, Sitz, Stammkapital
- § 2 Aufgabe des Kommunalunternehmens
- § 3 Organe
- § 4 Der Vorstand
- § 5 Der Verwaltungsrat
- § 6 Zuständigkeit des Verwaltungsrats
- § 7 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats
- § 8 Schriftform
- § 9 Wirtschaftsführung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung
- § 10 Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung
- § 11 Wirtschaftsjahr
- § 12 Vermögensübertragung bei Auflösung des Kommunalunternehmens
- § 13 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 14 Inkrafttreten

§ 1 Name, Sitz, Stammkapital

- (1) Das Kommunalunternehmen ist ein selbstständiges Unternehmen der Gemeinde Gilching in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen).
- (2) Das Kommunalunternehmen führt den Namen (Firma) „Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching“. Es tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet „Gemeindewerke Gilching KU“.
- (3) Das Kommunalunternehmen hat seinen Sitz in der Gemeinde Gilching.
- (4) Das Stammkapital beträgt 3.000.000,00 EUR. Es wird im Wege der Umwandlung des Regiebetriebs Gemeindewerke Gilching gem. § 7 KUV durch Gesamtrechtsnachfolge erbracht. Grundlage ist die Eröffnungsbilanz, die sich auf den Bilanzstichtag 01.01.2021 bezieht und alle übertragenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Regiebetriebs Gemeindewerke Gilching enthält.

- (5) Das Kommunalunternehmen führt ein Dienstsiegel mit dem Wappen der Gemeinde Gilching und der Umschrift „Bayern“ im oberen Halbbogen sowie der Umschrift „Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching“ im unteren Halbbogen.

§ 2 Aufgabe des Kommunalunternehmens

- (1) Aufgabe des Kommunalunternehmens ist:
- a) die Versorgung mit Trinkwasser im Gemeindegebiet, einschließlich der Abgabenerhebung
 - b) die Erbringung von Abrechnungs- und anderen kaufmännischen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung im Gemeindegebiet
 - c) die Versorgung mit Nah- und Fernwärme im Gemeindegebiet einschließlich der Errichtung und des Betriebs erforderlicher Fernwärmenetze und Wärmeerzeugungsanlagen
 - d) die Versorgung mit Kälte im Gemeindegebiet einschließlich der Errichtung und des Betriebs erforderlicher Kälteanlagen und Kältenetzen.
 - e) die Bereitstellung von Telekommunikations-Infrastruktur im Gemeindegebiet
 - f) die Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen, der Betrieb des Stromnetzes und die Lieferung von Strom im Gemeindegebiet
 - g) der Betrieb des Gasnetzes im Gemeindegebiet
 - h) Tätigkeiten, die mit den vorstehend genannten Zwecken im Zusammenhang stehen.
- (2) Im Rahmen seiner Aufgaben soll das Kommunalunternehmen zur Erreichung der Ziele der Energiewende beitragen.
- (3) Es ist dem Kommunalunternehmen gestattet, die Fernwärmeversorgung und das Fernwärmenetz, die Stromversorgung, das Stromnetz und das Gasnetz allein oder mit Partnern zu betreiben.
- (4) Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann das Kommunalunternehmen Neben- und Hilfsbetriebe einrichten und unterhalten, die die Aufgaben des Kommunalunternehmens fördern und wirtschaftlich mit ihnen zusammenhängen. Darüber hinaus kann sich das Kommunalunternehmen zur Förderung seiner Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, wenn das dem Unternehmenszweck dient. Die für die Gemeinde geltenden Vorschriften über die Errichtung von und Beteiligung an Unternehmen sind entsprechend anzuwenden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Haftung des Kommunalunternehmens auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist.
- (5) Die zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben notwendigen Befugnisse gehen auf das Kommunalunternehmen über. Das Kommunalunternehmen ist berechtigt, anstelle der Gemeinde Gilching Satzungen und, im Rahmen der Gesetze, Verordnungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen und zu vollziehen. Dies schließt insbesondere die Befugnis zum Erlass von Satzungen über die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung (WAS) samt der dazugehörigen Abgabensatzungen (insbesondere Beitrags- und Gebührensatzungen sowie Verbesserungsbeitragssatzungen für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtungen) einschließlich der Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungsansprüchen nach dem KAG sowie den Erlass von Satzungen über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis (Kostensatzungen) ein. Darüber hinaus wird dem Kommunalunternehmen das Recht übertragen,

- a) die Satzung für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Gilching (WAS) vom 22.10.2014 und 08.07.2019,
- b) die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Gilching (BGS/WAS) vom 22.10.2014 und 08.07.2019, sowie
- c) die Beitragssatzung für die Verbesserung der Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Gilching (VBS-WAS) vom 22.03.2017

zu vollziehen und nach diesen Satzungen noch nicht festgesetzte Beiträge, Gebühren und Kostenerstattungsansprüche zu erheben sowie die auf Grundlage dieser Satzungen bereits erlassenen Verwaltungsakte für die Gemeinde Gilching zu vollziehen. Bis zum Erlass eigenen Satzungsrechts durch das Kommunalunternehmen gelten die in Bst. a) und Bst. b) genannten Satzungen für die Wasserversorgungseinrichtung des Kommunalunternehmens fort.

- (6) Die Gemeinde Gilching behält sich das Recht vor, Zweckvereinbarungen i.S.v. Art. 2 Abs. 1 KommZG abzuschließen, zu ändern und zu kündigen und das Kommunalunternehmen mit dem Vollzug dieser Zweckvereinbarungen zu beauftragen. Darüber hinaus beauftragt die Gemeinde Gilching das Kommunalunternehmen mit dem Vollzug der bereits bestehenden Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Weßling vom 08.01.2001 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Starnberg Nr. 3 vom 19.01.2001) für das in der Gemarkung Weßling gelegene Grundstück mit der Flurnummer 1097. Beim Vollzug von Zweckvereinbarungen nach diesem Absatz kann das Kommunalunternehmen die in Abs. 1 bezeichneten Aufgaben über das Gemeindegebiet hinaus wahrnehmen. Soweit das Kommunalunternehmen nach diesem Absatz außerhalb des Gemeindegebietes tätig wird, gilt Abs. 5 auch insoweit. Insbesondere hat das Kommunalunternehmen das Recht, sein Satzungsrecht auf das durch die Zweckvereinbarung betroffene Gebiet zu erstrecken, soweit bisher der Gemeinde Gilching hierfür die Satzungshoheit übertragen wurde. Das Kommunalunternehmen beachtet die Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Weßling vom 30.08./31.08.1988 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Starnberg Nr. 34 vom 13.10.1988).
- (7) Das Kommunalunternehmen erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Abs. 1 das Recht, den öffentlichen Straßengrund und die sonstigen gemeindlichen Grundstücke zu nutzen.
- (8) Das Kommunalunternehmen kann Beamte ernennen, versetzen, abordnen, befördern und entlassen, soweit es hoheitliche Befugnisse ausübt. Dies gilt sinngemäß, allerdings ohne die zuvor genannte Einschränkung, auch für Arbeitnehmer. Der Vorstand übt die Funktion des Dienstvorgesetzten aus, der Verwaltungsrat die der obersten Dienstbehörde.

§ 3 Organe

Organe des Kommunalunternehmens sind der Vorstand (§ 4) und der Verwaltungsrat (§§ 5 bis 7).

§ 4 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus einem Mitglied.
- (2) Der Vorstand wird durch den Verwaltungsrat auf die Dauer von bis zu fünf Jahren bestellt; erneute Bestellungen sind zulässig. Die Bestellung endet spätestens dann, wenn der Vorstand die gesetzliche Altersgrenze für den Renteneintritt erreicht hat oder seine/ ihre Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit durch bestandskräftigen Rentenbescheid festgestellt wird. Der Verwaltungsrat kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes den Vorstand

durch Beschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder des Verwaltungsrats vorzeitig abberufen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

- (3) Der Vorstand leitet das Kommunalunternehmen eigenverantwortlich, sofern nicht gesetzlich oder durch diese Unternehmenssatzung etwas anderes bestimmt ist.
- (4) Der Vorstand vertritt das Kommunalunternehmen nach außen.
- (5) Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten auf Anforderung Auskunft zu geben und ihn über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten.
- (6) Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat halbjährlich Zwischenberichte über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplans schriftlich vorzulegen. Darüber hinaus hat der Vorstand den Verwaltungsrat zu unterrichten, wenn bei der Ausführung des Erfolgsplans erfolgsgefährdende Mindererträge oder Mehraufwendungen zu erwarten sind. Sind darüber hinaus Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde Gilching haben können, ist diese zu unterrichten.
- (7) Der Vorstand ist auch zuständig für die Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine andere Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten und Beamtinnen bis Besoldungsgruppe A9, sowie die Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bis Entgeltgruppe 9 des TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt.

§ 5 Der Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem/ der Vorsitzenden und sechs übrigen Mitgliedern. Für die übrigen Mitglieder werden für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin namentlich bestellt.
- (2) Vorsitzende/r des Verwaltungsrats ist der erste Bürgermeister/ die erste Bürgermeisterin der Gemeinde Gilching. Der/ die Verwaltungsratsvorsitzende wird im Fall seiner/ ihrer Verhinderung durch die weiteren Bürgermeister/ Bürgermeisterinnen in ihrer Reihenfolge vertreten. Mit Zustimmung der weiteren Bürgermeister/ Bürgermeisterinnen kann der Gemeinderat an deren Stelle übrige Mitglieder des Verwaltungsrats zum Stellvertreter/ zur Stellvertreterin des/ der Vorsitzenden des Verwaltungsrats bestellen. Solange der/ die Vorsitzende des Verwaltungsrats durch ein übriges Mitglied des Verwaltungsrats vertreten wird, wird dieses übrige Mitglied durch dessen Stellvertreter/ Stellvertreterin vertreten.
- (3) Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats und deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen werden vom Gemeinderat vorrangig nach fachlicher Expertise ausgewählt und für die Dauer von sechs Jahren bestellt. Mindestens vier der übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats und alle Stellvertreter und Stellvertreterinnen sind aus dem Gemeinderat zu bestellen. Bis zu zwei Personen, die nicht Mitglied des Gemeinderats sind, können zu übrigen Mitgliedern des Verwaltungsrats bestellt werden. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der Gemeinderat die durch ihn bestellten Mitglieder des Verwaltungsrats vorzeitig abberufen.
- (4) Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats endet mit dem Ende der Wahlzeit oder bei Mitgliedern, die Mitglied des Gemeinderats sind, mit dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat oder bei berufsmäßigen Gemeinderatsmitgliedern mit dem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

- a) Beamte/ Beamtinnen und leitende oder hauptberufliche Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen des Kommunalunternehmens,
 - b) leitende Beamte/ Beamtinnen und leitende Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen das Kommunalunternehmen beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
 - c) Beamte/ Beamtinnen und Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen der Rechtsaufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über das Kommunalunternehmen befasst sind.
- (5) Der Verwaltungsrat gibt sich unter Beachtung des § 7 eine Geschäftsordnung.
- (6) Der/ die Verwaltungsratsvorsitzende hat den Organen der Gemeinde auf Verlangen Auskunft zu geben über alle wichtigen Angelegenheiten des Kommunalunternehmens. Der/ die Verwaltungsratsvorsitzende darf die Auskunft verweigern, wenn zu besorgen ist, dass sie zu sachfremden Zwecken verwendet und dadurch dem Kommunalunternehmen oder einem verbundenen Unternehmen ein nicht unerheblicher Nachteil zugefügt wird. Die Verweigerung bedarf eines Beschlusses des Verwaltungsrats. Im Übrigen haben die Mitglieder des Verwaltungsrats über alle vertraulichen Angaben und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Kommunalunternehmens Verschwiegenheit zu bewahren. Diese Pflicht besteht auch nach ihrem Ausscheiden fort. Sie gilt nicht gegenüber den Organen der Gemeinde. Art. 20 Abs. 4 Satz 1 GO gilt entsprechend.
- (7) Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung, die in der Satzung der Gemeinde Gilching zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts geregelt ist.

§ 6 Zuständigkeit des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Der Verwaltungsrat hat sich zu diesem Zweck vom Gang der Angelegenheiten des Kommunalunternehmens zu unterrichten.
- (2) Der Verwaltungsrat kann jederzeit vom Vorstand über alle Angelegenheiten des Kommunalunternehmens Berichterstattung verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder den Betrieb, die Bücher und Schriften des Kommunalunternehmens einsehen. Der Verwaltungsrat kann sich dazu zur Berufsverschwiegenheit oder vertraglich zur Geheimhaltung verpflichteter Dritter bedienen.
- (3) Der Verwaltungsrat entscheidet über:
- a) Erlass und Änderung von Satzungen und Verordnungen im Rahmen des durch diese Unternehmenssatzung übertragenen Aufgabenbereichs (§ 2 Abs. 5);
 - b) Bestellung und Abberufung des Vorstands sowie die Regelung sämtlicher Konditionen des Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses des Vorstands;
 - c) Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans und des 5-Jahres-Finanzplans;
 - d) die Festsetzung allgemeiner Versorgungs-, Entsorgungs- bzw. Beförderungs- und Benutzungsbedingungen sowie allgemeiner Tarife, Gebühren und Beiträge (die Entscheidung über Vertragsbedingungen und Preisgestaltungen in Einzelfällen liegt bis zu einem Vertragswert von EUR 100.000 netto je Einzelfall jedoch beim Vorstand);
 - e) unmittelbare und mittelbare Beteiligungen des Kommunalunternehmens an anderen Unternehmen (dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass die Haftung des Kommunalunternehmens auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist, vgl. § 2 Abs. 4

Satz 4), die gänzliche oder teilweise Veräußerung von Beteiligungen und die Änderung der Rechtsform oder Aufgaben von Beteiligungen;

- f) Bestellung des Abschlussprüfers/ der Abschlussprüferin;
 - g) Feststellung des geprüften Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresgewinns, Behandlung des Jahresverlustes sowie Entlastung des Vorstands;
 - h) Bestellung und Widerruf von Prokuren;
 - i) Personalangelegenheiten im Sinne von § 4 Abs. 7, soweit nicht der Vorstand nach dieser Vorschrift zuständig ist;
 - j) Aufnahme von Darlehen, die im Einzelfall den Betrag von 100.000 EUR überschreiten, sofern sie nicht im jeweils geltenden Wirtschaftsplan enthalten sind;
 - k) Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde Gilching;
 - l) Verfügungen über Anlagevermögen und die Verpflichtung hierzu, insbesondere Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Gegenstandswert im Einzelfall den Betrag von 100.000 EUR (netto) überschreitet, sowie die Veräußerung von Vermögensgegenständen unter ihrem Wert und die Verpflichtung hierzu. Dies gilt nicht, sofern diese Verfügungen und Veräußerungen im jeweils geltenden Wirtschaftsplan enthalten sind;
 - m) Gewährung von Gehaltsvorschüssen und Darlehen an den Vorstand und an Be-
dienstete des Kommunalunternehmens, die mit diesem verwandt sind;
 - n) wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges des Kommunalunternehmens im
Rahmen der durch diese Unternehmenssatzung (§ 2 Abs. 1) übertragenen Aufga-
ben;
 - o) Abschluss von Verträgen, die Lieferungen und Leistungen an das Kommunalunter-
nehmen zum Gegenstand haben, ab einer Wertgrenze von 100.000 EUR (netto)
sowie der Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen des Kommu-
nalunternehmens beinhalten, ab einer Wertgrenze von 100.000 EUR (netto), bei
Verträgen, die eine längere Vertragslaufzeit aufweisen, gilt eine Wertgrenze von
jährlich 100.000 EUR (netto) und eine maximale Laufzeit von 10 Jahren. Dies gilt
nicht, sofern sie im jeweils geltenden Wirtschaftsplan enthalten sind;
 - p) Mehraufwendungen, die das im Wirtschaftsplan festgelegte Planergebnis um mehr
als 100.000 EUR gefährden können;
 - q) Mitgliedschaft beim und Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV)
sowie der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK).
- (4) Der Gemeinderat der Gemeinde Gilching kann den Mitgliedern des Verwaltungsrats vor
den Entscheidungen nach Absatz 3 Bst. a) und n) Weisungen erteilen. Diese Angele-
genheiten sind dem Gemeinderat vorab so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser Gelegen-
heit für eine mögliche Beschlussfassung über eine Weisung hat. Entscheidungen des
Verwaltungsrats nach Absatz 3 Bst. a) sind gemäß Art. 96 Abs. 2 GO der Rechtsauf-
sichtsbehörde rechtzeitig, mindestens aber sechs Wochen vor ihrem Vollzug, vorzule-
gen.
- (5) Dem Vorstand gegenüber vertritt der/ die Vorsitzende des Verwaltungsrats das Kommu-
nalunternehmen gerichtlich und außergerichtlich. Er/ sie vertritt das Kommunalunterneh-
men auch, wenn noch kein Vorstand vorhanden oder der Vorstand handlungsunfähig ist.

§ 7 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat tritt auf schriftliche oder elektronische Einladung des/ der Vorsitzenden des Verwaltungsrats zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit, Tagungsort und die Tagesordnung angeben und den Mitgliedern des Verwaltungsrats spätestens am sechsten Tag vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die Frist auf 24 Stunden abgekürzt werden. Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet. Stellvertreter und Stellvertreterinnen der Mitglieder des Verwaltungsrats nehmen an den Sitzungen nur teil, soweit Mitglieder des Verwaltungsrats verhindert sind. In diesem Fall ist das jeweils verhinderte Mitglied des Verwaltungsrats dafür zuständig, die erhaltene Einladung zur Sitzung an seinen/ihren Stellvertreter/Stellvertreterin weiterzuleiten. Sofern das Mitglied vor Versand der Einladung zur Sitzung gegenüber dem/ der Vorsitzenden des Verwaltungsrats angezeigt hat, in der Sitzung verhindert zu sein, ist die Einladung zur Sitzung direkt an seinen/seine Stellvertreter/ Stellvertreterin zu richten.
- (2) In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Verwaltungsratsmitgliedern möglich ist, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. Über andere als in der Tagesordnung angegebenen Beratungsgegenstände darf nur Beschluss gefasst werden, wenn
 - a) die Angelegenheit dringlich ist und der Verwaltungsrat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
 - b) sämtliche Mitglieder oder deren Stellvertreter/ Stellvertreterinnen des Verwaltungsrats anwesend sind und kein Mitglied oder deren Stellvertreter/ Stellvertreterinnen der Behandlung widerspricht.
- (3) Der Verwaltungsrat ist jährlich mindestens zweimal einzuberufen. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat einzuberufen, sofern mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats oder deren Stellvertreter/ Stellvertreterinnen oder der Vorstand dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.
- (4) Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden vom Vorsitzenden/ von der Vorsitzenden des Verwaltungsrats geleitet.
- (5) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder oder deren Stellvertreter/ Stellvertreterinnen ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder oder deren Stellvertreter/ Stellvertreterinnen anwesend und stimmberechtigt sind.
- (6) Wird der Verwaltungsrat zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Folge hingewiesen werden.
- (7) Beschlüsse des Verwaltungsrats über die Beteiligung des Kommunalunternehmens an anderen Unternehmen bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats. Im Übrigen werden die Beschlüsse des Verwaltungsrats mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig.
- (8) Unaufschiebbare Geschäfte oder dringliche Anordnungen können vom/ von der Vorsitzenden anstelle des Verwaltungsrats getroffen werden. Hiervon ist dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.
- (9) Die Beschlussfassung kann außerhalb von den nach Absatz 1 einberufenen Sitzungen auf schriftlichem oder elektronischem Wege erfolgen, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder zustimmen und sich an der Beschlussfassung beteiligen (Umlaufbeschluss).
- (10) Weitere Regelungen sind in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats zu treffen.

§ 8 Schriftform

Verpflichtende Erklärungen bedürfen der Schriftform, soweit es sich nicht um ständig wiederkehrende Geschäfte des täglichen Lebens handelt, die finanziell von unerheblicher Bedeutung sind. Die Unterzeichnung erfolgt unter dem Namen „Kommunalunternehmen Gemeindewerke Gilching“, durch den Vorstand, im Übrigen durch die jeweils Vertretungsberechtigten.

§ 9 Wirtschaftsführung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

- (1) Das Kommunalunternehmen ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zwecks und im Sinne der Gemeinde Gilching zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) über Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung sowie Art. 95 Abs. 1 GO.
- (2) Der Vorstand stellt vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan (§ 16 KUV) sowie einen fünfjährigen Finanzplan (§ 19 KUV) auf und schreibt diesen entsprechend fort. Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Wirtschaftsplan und Finanzplan sind so rechtzeitig aufzustellen, dass der Verwaltungsrat vor Beginn des kommenden Wirtschaftsjahres seine Zustimmung geben kann. Bei erheblichen Abweichungen ist der Wirtschaftsplan unverzüglich zu ändern (§ 16 Abs. 2 KUV).

§ 10 Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung

- (1) Der Vorstand hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB aufzustellen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen und durch einen Abschlussprüfer/ eine Abschlussprüferin unter Beachtung des Art. 107 Abs. 3 GO prüfen zu lassen.
- (2) Nach Durchführung der Abschlussprüfung ist der Jahresabschluss mit Lagebericht und Erfolgsübersicht dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen (§ 27 KUV). Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für die Verwendung bzw. Behandlung des Ergebnisses zu machen.
- (3) Bei der Feststellung des Jahresabschlusses hat der Verwaltungsrat über die Entlastung des Vorstands zu entscheiden (vgl. § 27 KUV). Der Jahresabschluss, der Lagebericht, die Erfolgsübersicht und der Bericht über die Abschlussprüfung sind der Gemeinde Gilching unverzüglich nach Feststellung zuzuleiten.
- (4) Der Beschluss des Verwaltungsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses ist unter Beachtung von § 27 Abs. 3 KUV ortsüblich bekanntzumachen.

§ 11 Wirtschaftsjahr

Das Wirtschaftsjahr des Kommunalunternehmens ist das Kalenderjahr.

§ 12 Vermögensübertragung bei Auflösung des Kommunalunternehmens

Das Vermögen des Kommunalunternehmens geht im Falle der Auflösung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Gemeinde Gilching über.

§ 13 Öffentliche Bekanntmachungen

Die Satzungen und Verordnungen des Kommunalunternehmens und andere öffentliche Bekanntmachungen des Kommunalunternehmens werden durch Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Starnberg amtlich bekannt gemacht.

§ 14 Inkrafttreten

Das Kommunalunternehmen entsteht am 01. Januar 2021, frühestens jedoch am Tag nach der Bekanntmachung dieser Satzung. Gleichzeitig tritt diese Satzung in Kraft und tritt die Satzung für den Regiebetrieb „Gemeindewerke Gilching“ vom 22.02.2017 außer Kraft.

Gilching, den [...]

Unterschrift

Erster Bürgermeister